



**Geschäftsführung
Rechnungsprüfungsausschuss**

Frau Riemer

Telefon: (0221) 221-23124

Fax : (0221) 221-25501

E-Mail: dagmar.riemer@stadt-koeln.de

Datum: 19.09.2018

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses vom 18.09.2018**

öffentlich

6.2 Prüfung der Istkostenerhebung der tatsächlich in den Kommunen anfallenden Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen in Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 2640/2018

Herr Detjen macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Köln 144 Millionen Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen zahle, da sich Land und Bund nur zu 27 % an den entsprechenden Kosten beteiligten. Eine höhere Refinanzierung durch Land und Bund müsse erreicht werden.

Entsprechende Forderungen, die nicht nur die Stadt Köln betreffen, würden nach Ausführungen von Frau Dr. Klein durch die kommunalen Spitzenverbände vertreten. Zu überlegen sei, wie auf der politischen Ebene eine Veränderung mit dem Ziel einer höheren Refinanzierung erreicht werden könne.

Frau Nehmeyer-Srocke weist auf die Sitzung des Städtetages NRW am 12.09.2018 hin. Dort sei beschlossen worden, die Forderungen zu unterstützen. Die Erstattungspauschalen seien zu erhöhen und zu dynamisieren. Für die Personengruppe mit dem Status einer „Duldung“ sei eine Finanzierung vorzusehen. Diese Forderungen würden durch den Städtetag an das Land herangetragen werden.

Frau Hoyer bittet darum, die nicht erstattungsfähigen Kosten abrechenbarer Personen sowie die Kosten der Personengruppe der „Geduldeten“ differenziert darzustellen.

Herr Detjen regt eine entsprechende ergänzende Mitteilung für den Finanzausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss im nicht öffentlichen Teil an. Er erinnert daran, dass bereits in der Vergangenheit die Anrechnung der Personen mit dem Status „Duldung“ auf die Quote erreicht worden sei.

Die Thematik insgesamt sollte im Finanzausschuss diskutiert werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.